

## Bericht des Landrates an den Kreistag am 20.06.2012

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
werte Damen und Herren Kreistagsabgeordnete,  
verehrte Gäste!

Abweichend von meinen Berichten in den Kreistagssitzungen der zurückliegenden zwei Jahre steht heute nicht nur ein einzelner Themenschwerpunkt im Mittelpunkt. Ich möchte Sie stattdessen über Schwerpunkte der Arbeit der 14 Fachämter hier im Hause informieren und Ihnen damit einen kleinen Einblick in die Aufgabenvielfalt und -fülle geben.

Zum Stichtag 31.12.2011 waren in der Kreisverwaltung 944 Beschäftigte tätig. Ca. ein Drittel davon sind Mitarbeiter im Jobcenter Uckermark, für die das Jahr 2011 aufgrund der Entfristung ihrer Arbeitsverträge im Zusammenhang mit der Entfristung der Option eine besondere Bedeutung hatte.

Insgesamt 144 Beschäftigte, also ca. 15 Prozent, arbeiteten im Jahr 2011 Teilzeit. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg um 32 % zu verzeichnen. Der überwiegende Anteil der Teilzeitbeschäftigten sind Mitarbeiter, die die Teilzeit nutzen, um zusätzliche Zeit für die Kindererziehung zu gewinnen. Damit zeigt sich die Kreisverwaltung als familienfreundliche Arbeitgeberin. Diesem Anspruch an uns selbst möchten wir in Zukunft noch stärker gerecht werden.

Auch die Gesunderhaltung der Beschäftigten ist in der Kreisverwaltung ein wichtiges Thema. Es wurde damit begonnen, ein Gesundheitsmanagement aufzubauen, was sich perspektivisch als fester Bestandteil in der Verwaltung etablieren soll.

Für das Jahr 2012 wird ein Schwerpunkt in der Arbeit des **Personal- und Serviceamtes** die Umsetzung des Kreistagsbeschlusses 100/2011 sein, mit dem die Verwaltung beauftragt wurde, sämtliche Leistungsbereiche der Verwaltung einer Überprüfung hinsichtlich der bestehenden Normen und Standards zu unterziehen.

Das Aufstellen der Haushaltspläne und die Haushaltsdurchführung bestimmen maßgeblich die Arbeit des **Amtes für Finanzen und Beteiligungsmanagement**. Am 7. Dezember 2011 wurde die Haushaltssatzung 2012 incl. Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2015 beschlossen. Am 4. April erteilte uns das Ministerium des Innern die rechtsaufsichtliche Genehmigung.

Die Haushaltsdurchführung in diesem Jahr ist darauf ausgerichtet, trotz bestehender Risiken im Bereich der Sozialtransferleistungen eine ausgeglichene Ergebnisrechnung zu erzielen. Diese anspruchsvolle Aufgabe ist nur als Gemeinschaftsprojekt lösbar. Es erfordert eine kontinuierliche Betrachtung der Ertrags- und Aufwandsentwicklungen, incl. der Fallzahlen in den einzelnen Leistungsbereichen der Fachämter im Zusammenwirken mit dem Finanzbereich.

Statt bisher vier Budgetbereiche arbeiten in 2012 sieben Fachämter mit Budgets und ab dem kommenden Jahr ist eine komplette Budgetierung geplant. Für die Finanzierung der laufenden Aufgaben wird der Landkreis aber auch weiterhin auf die Aufnahme von Liquiditätskrediten angewiesen sein. Während den Investitionskrediten konkrete öffentliche Vermögenswerte gegenüberstehen und ein

kontinuierlicher Schuldenabbau planmäßig zu verzeichnen ist, verläuft die Entwicklung der Liquiditätskredite zur Aufrechterhaltung der laufenden Zahlungsfähigkeit weiterhin negativ, also ansteigend. Aktuell wird bereits mit Hochdruck daran gearbeitet, den Haushaltsentwurf für das Jahr 2013 zu erarbeiten. Das anspruchsvolle Ziel ist vorgegeben – Ihnen zum Kreistag im Dezember einen ausgeglichenen Ergebnisplan 2013 vorzulegen.

Die Arbeit der Mitarbeiter des **Beteiligungsmanagements und des Ordnungsamtes** war 2011 maßgeblich von der Umstrukturierung des Rettungsdienstes geprägt. Die Uckermärkische Rettungsdienstgesellschaft nahm am 1. Oktober 2011 ihre Arbeit zunächst für den Rettungsdienstbereich West auf und seit dem 1. Januar 2012 nimmt die URG mbH die Durchführung der Rettungsdienstaufgaben für die gesamte Uckermark unauffällig und kompetent wahr.

Den beiden DRK- Verbänden möchte ich an dieser Stelle nochmals für die gute Aufgabenerfüllung in den zurückliegenden Jahren danken. Aus den Schwerpunkten für 2012 möchte ich aus dem Bereich des Ordnungsamtes außerdem die Umsetzung des Projektes „Aufbau eines gemeinsamen deutsch-polnischen Systems zur Bekämpfung großflächiger Verunreinigungen auf der Oder sowie zur Bekämpfung weiterer Ereignisse im grenznahen Raum“ erwähnen.

Dieses Projekt wird aus dem Programm INTERREG IVA der Europäischen Union gefördert und gemeinsam mit dem Landkreis Barnim und der Wojewodschaft Westpommern realisiert.

Im Verantwortungsbereich des **Rechtsamtes** – d. h. ohne Jobcenter – sind gegenwärtig 307 Klagen anhängig, davon 117 aus dem Jahr 2011 und 57 aus dem laufenden Jahr.

Besonders hervorheben möchte ich, dass der Landkreis derzeit 4 Eilverfahren im Zusammenhang mit gegen ihn erlassenen Altanschließerbescheiden beim Verwaltungsgericht Potsdam angestrengt hat. Diese Problematik hat landesweite Bedeutung. Von einer Entscheidung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren erhoffen wir uns eine erste juristische Tendenz der Rechtsprechung.

Aus dem Bereich der Kommunalaufsicht möchte ich die abschließende Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes im Jahr 2011 hervorheben. Dem Landkreis Uckermark einschließlich seiner Kommunen standen im Rahmen der Pauschalmittel des Konjunkturpaketes Bundes- und Landesmittel von gut 11,5 Mio. € zur Verfügung, mit denen 117 Investitionen mit einem Volumen von insgesamt knapp 17,4 Mio. € realisiert wurden. Der Bund hat zwischenzeitlich die vollständige zweckentsprechende Verwendung der Mittel anerkannt.

Die **Sozialhilfe** für in Not geratene Menschen, z. B. durch Unfall, Krankheit, Behinderung, Pflegebedürftigkeit oder durch zu geringes Einkommen, stellt ein wichtiges Gebiet des Sozialleistungsrechts dar.

Hier nun einige wichtige Ergebnisse aus dem Vorjahr:

Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhalten Personen, die aus Altersgründen oder wegen gesundheitlicher Einschränkungen

nicht mehr in der Lage sind, eine Erwerbstätigkeit auszuführen. Mit Stichtag 31.12.2011 waren dies 1.196 Leistungsberechtigte, davon 884 Personen außerhalb von Einrichtungen und 312 Personen, die in Einrichtungen leben. Die Zahl der Leistungsberechtigten ist in den Vorjahren kontinuierlich gestiegen. Und auch in Zukunft wird sich dieser Trend leider fortsetzen. Gründe dafür sind vor allem geringe Einkommen und teilweise große Lücken in den Erwerbsbiografien vieler Uckermärker. Hauptfeld der Arbeit in der Sozialhilfe bildet jedoch die Eingliederungshilfe, die das Ziel hat, behinderte Menschen darin zu unterstützen, ein möglichst selbständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen.

Zu den Schwerpunkten der ambulanten Eingliederungshilfe gehören:

- heilpädagogische Leistungen für Kinder, die noch nicht eingeschult sind  
Zum 31.12.2011 erhielten 222 Kinder ambulante heilpädagogische Leistungen und 65 Kinder teilstationäre Leistungen in den Integrations-Kitas.

- Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung, insbesondere im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht.

Der Sozialhilfeträger ist verpflichtet, erforderliche Hilfen zu gewähren, die dem Schüler den Schulbesuch überhaupt erst ermöglichen. Der Landkreis Uckermark hält seit ca. 15 Jahren ein Angebot für Einzelfall- bzw. Integrationshelfer vor.

- Hilfen für ein selbstbestimmtes Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten.

Auch hier verzeichnen wir steigende Fallzahlen. Allein seit Anfang des Jahres erhöhte sich die Zahl der Fälle um 24 von 333 im Januar auf 357 im Mai.

Für 2012 und die Folgejahre verfolgen wir die Weiterführung des Inklusionsgedanken auf Landes- und Bundesebene, um die Auswirkungen sowohl auf das fachliche Handlungskonzept als auch auf den Kreishaushalt frühzeitig erkennen zu können.

Auch die Arbeit der Mitarbeiter des **Jugendamtes** möchte ich anhand einiger weniger ausgewählter Daten und Fakten präsentieren:

Beginnen möchte ich mit der Kindertagesbetreuung:

In den 96 Kindertagesstätten des Landkreises wurden im vergangenen Jahr insgesamt 7.079 Kinder betreut. Der Zuschuss zu den Personalkosten, die der Landkreis den Kita-Trägern gewährte, belief sich im Jahr 2011 auf fast 20,7 Mio € (20.681.928 €)

Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz werden für Kinder im Alter von 0 bis 12 Jahre - jedoch längstens 72 Monate – gewährt. Insgesamt wurden durch das Jugendamt im Jahr 2011 Unterhaltsleistungen in Höhe von ca. 2,3 Mio € (2.343.948 EUR) gewährt. Das heißt, monatlich wurden ca. 200.000 € (195.329,00 EUR) ausgezahlt. Diese Gelder, die von Bund und Land zur Unterhaltssicherung der Kinder bereitgestellt werden, sind von den Unterhaltsverpflichteten zurück zu fordern.

Trotz schwieriger sozialer Lage im Landkreis Uckermark und der Tatsache, dass viele Unterhaltspflichtige den Landkreis verlassen haben, konnten im Jahr 2011 fast 600.000 € (595.773,70 EUR) zurückgefordert werden. Im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung des Jugendamtes stehen insbesondere die Mitarbeiter des sozialpädagogischen Beratungsdienstes, die Kinder, Jugendliche und Eltern zu

persönlichen, familiären und erzieherischen Problemlagen sowie in akuten Krisen-, Not- und Konfliktsituationen beraten. Da Informationen aus diesem speziellen Bereich regelmäßig im Jugendhilfeausschuss thematisiert werden, möchte ich an dieser Stelle nur 2 Zahlen nennen: Im Jahr 2011 erreichten das Jugendamt 235 Hinweise auf Kindeswohlgefährdungen, 109 davon bestätigten sich. Im laufenden Jahr sind es mit Stand 18. Juni bereits 147 Meldungen, von denen sich 65 bestätigten.

Im **Jobcenter Uckermark** wurde 2011 mit der deutlichen Reduzierung der Eingliederungsmittel eine Kehrtwende eingeleitet. Auf dieses Thema bin ich bereits in meinem Bericht im September 2011 ausführlich eingegangen.

Neben dem Budget ist aber auch die Kundenstruktur eine große Herausforderung. Den Schwerpunkt bilden Personen, bei denen multiple Vermittlungshemmnisse einer direkten Arbeitsmarktintegration entgegenstehen. Ihre nachhaltige Eingliederung ist nur über einen langfristigen, kleinteiligen Integrationsprozess zu erreichen.

Dieser Herausforderung stellt sich das Jobcenter, indem es individuell zugeschnittene Maßnahmen mit innovativen Maßnahmeinhalten vorhält und damit die spezifischen Zielgruppen bedarfsgerecht unterstützt. Qualifizierungen sind von fundamentaler Bedeutung bei der nachhaltigen Integration von Arbeitslosen und bilden deshalb einen Maßnahmeschwerpunkt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die nachhaltige Integration in den ersten Arbeitsmarkt für die integrationsnahen Kunden. Eingliederungsinstrumente, die der zügigen Vermittlung dienlich sind, werden deshalb großzügig aus dem Eingliederungstitel zur Verfügung gestellt.

Ein Schwerpunkt im Leistungsrecht ist auch in diesem Jahr wieder die Bearbeitung der Leistungen zur Bildung und Teilhabe. Erfahrungen aus dem Jahr 2011 haben deutlich gemacht, dass wir unsere Bemühungen verstärken müssen, um Kindern aus einkommensschwachen Familien die Möglichkeiten der Teilnahme an entsprechenden sozialen, sportlichen, musischen und bildenden Aktivitäten nutzen.

Dieses Thema ist heute mit gutem Grund gesonderter Bestandteil der Tagesordnung.

Denn nur etwa 40 Prozent der Berechtigten stellten auch Anträge. Deshalb muss und wird das Jobcenter seine Bemühungen intensivieren, mögliche Antragsteller zu mobilisieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das **Gesundheits- und Veterinäramt** sowie das Landwirtschafts- und Umweltamt haben die Ergebnisse ihrer sehr umfangreichen Arbeit detailliert in Form von Jahresberichten vorgelegt und Ihnen vor wenigen Wochen in den Sitzungen der entsprechenden Fachausschüsse präsentiert. Deshalb möchte ich hier und heute nur auf wenige Fakten eingehen.

Ende des vergangenen Jahres wurden in einzelnen Regionen des Landkreises Enterokokken im Trinkwasser nachgewiesen. Über vier Monate waren in Etappen insgesamt 25.000 Einwohner im Landkreis Uckermark betroffen, die aus 10

Wasserwerken versorgt wurden. Die Ursachenforschung und die Beseitigung der Mängel waren sowohl für die Mitarbeiter des Gesundheitsdienstes als auch für die regionalen Wasserversorger mit arbeits- und vor allem sehr zeitintensiven Herausforderungen verbunden.

Im April fand eine Veranstaltung des Gesundheitsamtes mit den regionalen Wasserversorgern statt. Es wurden Maßnahmen und Schlussfolgerungen der Wasserversorger erörtert und Eckpunkte der weiteren Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt definiert. Im Rahmen der Trinkwasseruntersuchungen durch die Wasserversorger wird zukünftig im Herbst eines jeden Jahres zusätzlich der Parameter Enterokokken aufgenommen, um frühzeitig auf auffällige Befunde reagieren zu können.

Die Qualität unseres Trinkwassers ist auch Schwerpunkt eines weiteren Arbeitsfeldes des Gesundheitsdienstes. Mit der Novellierung der Trinkwasserverordnung besteht seit November 2011 eine Anzeige- und Untersuchungspflicht für Großanlagen zur Trinkwassererwärmung. Im Trinkwasser dürfen Krankheitserreger nicht in Konzentrationen enthalten sein, die ein Risiko für die menschliche Gesundheit darstellen. Durch regelmäßige Beprobungen und Untersuchungen in diesen Anlagen soll das Trinkwasser insbesondere im Parameter Legionellen intensiver überwacht werden.

Wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig ist die **Landwirtschaft** in der Uckermark historisch verwurzelt, prägt die Region und gibt ca. 2.600 Menschen Arbeit, davon 1.500 in Vollbeschäftigung.

Im Landkreis Uckermark stellten 2011 insgesamt 516 Landwirtschaftsbetriebe Anträge auf Agrarförderung. Den überwiegenden Teil machten 352 Einzelunternehmen im Haupt- und Nebenerwerb aus. 61 GbR, 84 GmbH + GmbH & Co. KG und 11 eingetragene Genossenschaften vervollständigten die Antragstellerliste. Für diese Betriebe wurden insgesamt ca. 53,6 Mio €. (53.593.168 €) durch Bescheide ausgereicht.

In der Uckermark werden rd. 176.000 ha landwirtschaftlicher Fläche zur Förderung beantragt. Die Hauptanbaukulturen im letzten Jahr waren

- Winterweizen (ca. 50.000 ha)
- Winterraps (ca. 25.000 ha)
- Silomais (ca. 16.000 ha)
- Wintergerste (ca. 14.000 ha) und
- Winterroggen (ca. 11.000 ha)

Mit ca. 4.000 (4.203) ha Zuckerrüben ist die Uckermark die größte Anbauregion in Brandenburg.

Nach Einschätzung der **Kreisveterinäre** blieb der Landkreis 2011 von bekämpfungspflichtigen Tierseuchen verschont. Außer der Amerikanischen Faulbrut der Bienen und einem TSE-Schafbestand wurden keine weiteren anzeigepflichtigen Tierseuchen festgestellt. Alle Untersuchungen und Kontrollen hinsichtlich Blauzungenkrankheit, Geflügelpest/Vogelgrippe, BSE, Schweinepest, Brucellose und Leukose verliefen mit negativem Ergebnis.

Die tägliche Arbeit des **Kataster- und Vermessungsamtes** legt u. a. die Grundlagen für den Rechtsverkehr an Grundstücken. Nutzer sind Behörden, Wirtschaftsunternehmen, Banken, Finanzämter, Privatunternehmen und Bürger.

Die Uckermark hat eine Fläche von genau 3.058,41 km<sup>2</sup>. Damit befinden wir uns aktuell an 6. Stelle in der Liste der flächenmäßig größten Landkreise in der Bundesrepublik. (Zum Vergleich: der größte Landkreis ist unser Nachbarkreis Mecklenburgische Seenplatte mit 5.468 km<sup>2</sup>.)

Nachgewiesen sind in der Uckermark 221.654 Flurstücke. Die Anzahl der Gemarkungen beträgt 245.

Die Arbeit der Mitarbeiter der Katasterbehörde war in den zurückliegenden Monaten geprägt von der Vorbereitung zur Umstellung auf das neue **AAA-Datenmodell**. Dreimal A bedeutet:

<b>AFIS</b>	Amtliches Festpunkt-Informationssystem
<b>ALKIS</b>	Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem
<b>ATKIS</b>	Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem.

Gegenwärtig bereitet sich das Kataster- und Vermessungsamt mit Schulungen auf die Einführung dieses neuen digitalen Datenmodells vor. So wird erstmals seit Führung des Katasters die getrennte Führung von Buch- und Kartenwerk in eine moderne Datenbank zusammengefasst.

Das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem vereint künftig die Daten des Automatisierten Liegenschaftsbuches, der Automatisierten Liegenschaftskarte, der Topographie und den Punkten der Grundlagenvermessung in einem Datenmodell. So werden Doppelerfassungen zukünftig vermieden und den gestiegenen Ansprüchen der Datenbereitstellung wird damit Genüge getan.

Kreisentwicklung und Demografie waren ja bereits mehrfach Thema meiner Kreistagsberichte. Doch ein Aufgabenbereich, der ebenfalls in Verantwortung des **Kreisentwicklungsamtes** stand, war die Vorbereitung und Durchführung der modernen Volkszählung.

Der Zensus 2011 ist die erste gemeinsame Volkszählung in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Und auch im wiedervereinten Deutschland wurde sie zum ersten Mal durchgeführt. Zur Erinnerung: in der ehemaligen DDR wurde sie zuletzt 1981 und in der alten Bundesrepublik 1987 durchgeführt. So werden uns nun erstmals einheitliche statistische Daten über die Bevölkerung sowie für Gebäude und Wohnungen zu Verfügung stehen.

Ende Mai schlossen die örtlichen Erhebungsstellen, die im Herbst 2010 im Landkreis Uckermark mit Sitz in Prenzlau und Schwedt eingerichtet worden waren.

Hauptaufgabe dieser örtlichen Erhebungsstellen war die Durchführung der Haushaltebefragung sowie die Befragung in Wohn- und Gemeinschaftsunterkünften. Insgesamt waren in der Uckermark ca. 230 Erhebungsbeauftragte tätig. Es waren ca.

16.000 Anschriften abzarbeiten, sowie die Gebäudemerkmale einzelner Anschriften zu ermitteln.

Erste Datenauswertungen seitens des Landesamtes für Statistik erwarten wir mit Spannung im Frühjahr 2013.

Die Arbeit des **Bauordnungsamtes** ist auch ein Spiegelbild der Wirtschaftskraft der Region. Insofern ist es erfreulich, dass wir hier nach einigen Jahren Rückgang und Stagnation jetzt wieder einen leichten Anstieg der Bautätigkeit verzeichnen können.

Voranstellen möchte ich, dass die Stadt Schwedt eine eigene Bauaufsichtsbehörde hat und sich die folgenden Angaben somit auf den Landkreis ohne Schwedt beziehen:

Insgesamt hatte die untere Bauaufsichtsbehörde des Landkreises Uckermark im Jahr 2011 3.106 Verfahren zu bearbeiten. Erledigt wurden insgesamt 1.864 Verfahren, darunter 1.271 Genehmigungen. 161 Genehmigungen wurden für den Neu- und Umbau von Einfamilienhäusern erteilt, 86 Genehmigungen für den Neu-, Um- und Ausbau von gewerblich genutzten Gebäuden und 22 Genehmigungen für landwirtschaftlich genutzte Gebäude.

Insgesamt konnte der Landkreis Gebühren in Höhe von ca. 1,3 Mio € (1.310.518,63 €) zum Soll stellen. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit für die Genehmigungsverfahren lag bei 59,8 Tagen.

Der Landkreis stellte 2011 und 2012 jeweils 200.000 € für die Denkmalförderung zur Verfügung. Im vergangenen Jahr wurden 39 Antragsteller gefördert. So u.a. Frau Prof. Ingeborg Mahn für die Sanierung eines denkmalgeschützten Stalles in Groß Fredenwalde, die Evangelische Kirchengemeinde Casekow für den Erhalt und die Sanierung des noch vorhandenen Turmmauerwerks der Casekower Dorfkirche und die Gemeinde Uckerland für erste Notsicherungsmaßnahmen am Speicher in Wolfshagen. Auch in diesem Jahr können 44 Antragsteller Fördermittelbescheide entgegen nehmen. Der Denkmalschutz erweist sich damit als wichtiger touristischer Standortfaktor und Arbeitgeber für die regionalen Handwerksbetriebe. Denn mit den gegenwärtig jährlich ausgereichten 200.000 € werden Investitionen von insgesamt über 6,5 Mio. € unterstützt.

Investitionen und Maßnahmen zur Werterhaltung bestimmen auch maßgeblich die Arbeit des **Liegenschafts- und Schulverwaltungsamtes**. In Verantwortung der Mitarbeiter wurden im vergangenen Jahr zahlreiche Bau- und Sanierungsvorhaben umgesetzt. Erwähnen möchte ich an dieser Stelle u. a. die Teilsanierung der Oberschule „Philipp Hackert“ Prenzlau, wo für Fluchtwege, Brandschutz und die Sanierung von 8 Unterrichtsräumen ca. 460 T€ eingesetzt wurden.

Für die Betreuung aller Schul- und Verwaltungsgebäude, also Reinigung, Hauswarte, Wärme, Wasser, Elektro u.a. wendete der Landkreis ca. 3,9 Mio.€ auf und weitere 1,9 Mio.€ waren erforderlich, um den Geschäftsbetrieb der Verwaltung und der 20 Schulen, die sich in eigener Trägerschaft befinden, aufrecht zu erhalten.

Zur Verbesserung der Infrastruktur wurden wieder erhebliche Mittel in den Ausbau von Kreisstraßen und Radwegen investiert. Erinnerung sei an dieser Stelle an den

Ausbau der K 7346 Ortsdurchfahrt Angermünde, Rudolf-Breitscheid-Straße, für ca. 2 Mio.€ sowie an den Ausbau der Röpersdorfer Straße in Prenzlau für ca. 600 T€.

Eltern und Großeltern schulpflichtiger Kinder wissen es: Heute ist letzter Schultag, für über 12.600 Schüler und ihre Lehrer beginnen die wohlverdienten Sommerferien.

Passend dazu finden Sie heute in Ihren Unterlagen den Entwurf der Schulentwicklungsplanung für den Zeitraum 2012 bis 2017. Ich bin sicher, dass wir auf dieser Grundlage eine konstruktive und fachlich fundierte Diskussion führen und die Planung dann hoffentlich im Dezember-Kreistag beschließen können.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
mir ist klar, dass meine Ausführungen weder die gesamte Aufgabenpalette noch die Ergebnisliste widerspiegeln können.

Und sicher ist es auch nicht möglich, auf die Schnelle alle Daten und Fakten zu verinnerlichen. Aber Sie haben ja die Möglichkeit, sich bei Interesse meinen Bericht vom Kreistagsbüro zusenden zu lassen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.